

Kantonalbanken
Banques Cantonales
Banche Cantonali

Verband Schweizerischer Kantonalbanken

VSKB-Workshop TJPG & VSB

2. September 2026

BEKB Bern-Liebefeld

0 Organisatorisches

Zeitlicher Ablauf

13:30 Begrüssungswort durch Claudia Graf (BEKB)

1. Teil: TJPG
13:40 Inputvortrag von Nadine Annaheim (ZKB)
14:00 Inputvortrag von Cyrielle Cuénoud-Chopard und Loic Burkhalter (BCV)
14:15 Diskussion 60’

15:15 Pause 30’

2. Teil: VSB
15:45 Inputvortrag von Madeleine Rotz (SBVg)
16:15 Diskussion 75’

17:30 Apero

VSKB Workshop TJPG und VSB

Nadine Annaheim, Head Financial Crime Compliance, 2. September 2026

Zürcher Kantonalbank

Inputreferat TJPG



Inhalt des Transparenzregisters

Inhalt des Transaprenzregisters

Zürcher Kantonalbank

Eintragungspflichtige Rechtseinheiten (Art. 2 TJPG)

- AG, Kommandit-AG, GmbH, Genossenschaft
- SICAV, SICAF und KmGK
- Ausländische juristische Personen:
  - mit Zweigniederlassungen oder tatsächlicher Verwaltung in der Schweiz
  - als Eigentümer von Grundstücken in der Schweiz
- Trustees mit (Wohn-)Sitz in der Schweiz oder Trust in der Schweiz verwalten

Auch Finanzintermediäre wie Banken, Fondsleitungen etc. sind eintragungspflichtig, obwohl sie gegenüber Banken im Sinne der VSB keine Kontrollinhaber deklarieren müssen.

Ausgenommen (Art. 2 und 3 TJPG)

- Börsenkotierte Gesellschaften inkl. deren Tochtergesellschaften (mehr als 75% gehalten)
- Von Gemeinwesen zu mehr als 75% gehaltene Gesellschaften
- Einrichtungen der beruflichen Vorsorge
- Trustees, die dem GwG unterstehen

Ausgenommen weil nicht genannt

- Einzelunternehmung, Personengesellschaften wie Kollektiv- oder Kommanditgesellschaften
- Vereine und Stiftungen
- Körperschaften des öffentlichen Rechts (öff.-rechtl. Anstalten, spezialgesetzliche AG etc.)

Definition der wirtschaftlichen Berechtigung

Zürcher Kantonalbank

- Natürliche Person
  - mit mind. **25% des Kapitals oder der Stimmen**, direkt oder indirekt, alleine oder in gemeinsamer Absprache mit Dritten *oder*
  - die **auf andere Weise** kontrollieren
  - Subsidiär Mitglied des leitenden Organs
- Indirekte Kontrolle besteht bei mind. 50 % des Kapitals oder der Stimmen an zwischengeschalteten Gesellschaften (Art. 2 E-TJPV)
- In gemeinsamer Absprache durch Vertrag oder durch andere organisierte Vorkehren (analog Börsenrecht)
- Auf andere Weise kontrolliert, wer (Art. 3 E-TJPV)
  - mehr als die Hälfte des VR bestimmen kann
  - wesentlichen Einfluss durch Veto- oder Entscheidungsrechte hat
  - Schuldinstrumente wie Wandelanleihen etc. nutzen kann
- Treuhandverhältnis aus dem Gesetz gestrichen. Aber in Art. 3 E-TJPV wurde es wieder aufgenommen, dort aber subsumiert unter den Überbegriff der wirtschaftlichen Berechtigung «auf andere Weise».

Pflichten der Rechtseinheiten

Zürcher Kantonalbank

Identifikation der WB (Art. 7 Abs. 1 TJPG, Art. 6 ff. E-TJPV)	Überprüfung der WB (Art. 7 Abs. 1 TJPG, Art. 9 ff)	Dokumentation, Aufbewahrung und Aktualisierung (Art. 8 TJPG)	Meldung der Identität ihrer wirtschaftlich berechtigten Personen an das Transparenzregister (Art. 9 f. TJPG, Art. 6 ff. E-TJPV)
– Name und Vorname – Geburtsdatum – Staatsangehörigkeit – Adresse und Wohnsitzstaat – Art und den Umfang der ausgeübten Kontrolle ➢ Ausprägung ➢ Bandbreite der Quote (25/80/75%) ➢ Kontrollkette je nach Ausprägung (Art. 7 E-TJPV)? Inkl. UID zu zwischengeschalteten Gesellschaften etc. – Informationen bei fehlender Identifizierung oder Überprüfung der WB (Art. 8 TJPG/12 E-TJPV)	– Überprüfung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt – Einholung von sachdienlichen Belegen – AHV-Nummer oder Ausweiskopie	– Dokumentation der Informationen gemäss Art. 7 TJPG – Sicherstellung, dass diese auf dem neusten Stand sind und in der Schweiz darauf zugegriffen werden kann. – 10 Jahre über den Verlust der WB-Eigenschaft hinaus aufbewahren – Dokumentation der Tatsache, dass die Überprüfung nicht zufriedenstellend gelingt (Art. 8 TJPG).	– Name und Vorname – Geburtsdatum – Staatsangehörigkeit – Wohnsitzgemeinde und Wohnsitzstaat (**ohne Adresse**) – Art und den Umfang der ausgeübten Kontrolle ➢ Ausprägung ➢ Bandbreite der Quote (25/50/75), – Kontrollkette je nach Ausprägung (Art. 7 E-TJPV)? Inkl. UID zu zwischengeschalteten Gesellschaften – Informationen bei fehlender Identifizierung oder Überprüfung der WB, inkl. sachdienliche Informationen,

GwG/VSB kennen keine Quoten.
Daten zur Kontrollkette werden nicht systematisch strukturiert erhoben z.B. über WB-Formulare pro zwischengeschaltete Gesellschaft.

Herausforderungen für Finanzintermediäre

Abweichende Definition der wirtschaftlichen Berechtigung

Zürcher Kantonalbank

TJPG

Art. 4

> 1 Als wirtschaftlich berechtigte Person einer Gesellschaft gilt jede natürliche Person, welche eine Gesellschaft letztendlich dadurch kontrolliert, dass sie direkt oder indirekt, allein oder in gemeinsamer Absprache mit Dritten, mit mindestens 25 Prozent des Kapitals oder der Stimmen an dieser beteiligt ist, oder diese auf andere Weise kontrolliert.

- Die wirtschaftliche Berechtigung gemäss TJPG entspricht dem Kontrollinhaber gemäss GwG /VSB
- Angaben zur wirtschaftlichen Berechtigung richtet sich gemäss VSB bei Sitzgesellschaft auf die in die Geschäftsbeziehung involvierten Vermögenswerte, ohne Limitierung auf 25 Prozent.
- Eine Abgleich mit dem Register wird schwieriger bei Sitzgesellschafs. Die Banken führen mehr Daten

GwG / VSB

Art. 2a GwG

> 3 Als wirtschaftlich berechtigte Personen einer operativ tätigen juristischen Person gelten die natürlichen Personen, welche die juristische Person letztendlich dadurch kontrollieren, dass sie direkt oder indirekt, allein oder in gemeinsamer Absprache mit Dritten, mit mindestens 25 Prozent des Kapitals oder des Stimmenanteils an dieser beteiligt sind oder sie auf andere Weise kontrollieren. Können diese nicht festgestellt werden, so ist die Identität des obersten Mitglieds des leitenden Organs festzustellen.

Art. 31 VSB 20

> **Art. 39 Sitzgesellschaften**
>
> Bei Sitzgesellschaften ist unter Vorbehalt von Absatz 4 sowie Artikel 40 und 41 vom Vertragspartner eine Erklärung mittels Formular A einzuholen, wer an den Vermögenswerten wirtschaftlich berechtigt ist.

Kontrolle auf andere Weise (vs. Kaskade des Formulars K)

TJPG

Art. 4 Allgemeine Definition

[1] Als wirtschaftlich berechtigte Person einer Gesellschaft gilt jede natürliche Person, welche eine Gesellschaft letztendlich dadurch kontrolliert, dass sie direkt oder indirekt, allein oder in gemeinsamer Absprache mit Dritten, mit mindestens 25 Prozent des Kapitals oder der Stimmen an dieser beteiligt ist**, oder diese auf andere Weise kontrolliert**.

▶ **Verlangt wird ein WB auf Stufe 1 und Stufe 2 (kumulativ)**

EGwV-FINMA

Art. 56 Grundsatz

[2] Wird die Gesellschaft **nicht** von den Personen nach Absatz 1 kontrolliert **oder bestehen Zweifel** daran, so muss der Finanzintermediär von der Vertragspartei eine schriftliche Erklärung darüber einholen, **wer die Gesellschaft auf andere Weise** als Kontrollinhaberin oder als Kontrollinhaber kontrolliert.

▶ **Der WB auf Stufe 2 geht vor (alternativ)**

VSB 27

Art. 20 VSB 27

3 Wird die Gesellschaft nicht von der/den Person/en nach Absatz 1 kontrolliert oder gibt es Hinweise darauf, dass die Kontrolle auf andere Weise ausgeübt wird, ~~Bestehen keine Kontrollinhaber gemäss Absatz 1,~~ sind die natürlichen Personen, die auf andere erkennbare Weise die Kontrolle über die Gesellschaft ausüben, festzustellen.

▶ **Der WB auf Stufe 2 geht vor (alternativ)**

Im Transparenzregister sind möglicherweise mehr Personen eingetragen, als ein Finanzintermediär mit dem Formula K erhebt. Dies kann zu Unterschieden beim Registerabgleich führen.

Zugang zum Transparenzregister durch Finanzintermediäre

Zürcher Kantonalbank

- Art. 27 TJPG gewährt den Finanzintermediären online Zugang zum Register
- Eine Pflicht zur Prüfung ist nicht statuiert: «*können* Daten online abrufen…»
- Art. 23 TJPG Richtigkeitsvermutung?
  - Primat GwG
  - «Nichts Abweichendes» im Vergleich womit?
  - Das Register ist wohl kein Ersatz für die Feststellungsmethoden gemäss VSB (Formular K, A etc.)?

Art. 23 Wirkungen

[1] Die Einträge sind deklaratorisch und haben keine Konstitutivwirkung.

[2] Die Prüfung der wirtschaftlich berechtigten Personen durch Finanzintermediäre sowie durch Beraterinnen und Berater im Sinne von Artikel 2 Absätze 3^{bis} und 3^{ter} GwG[8] richtet sich nach den Artikeln 4, 8*b* und 8*c* GwG. Wenn sich aus dieser Prüfung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt nichts Abweichendes ergibt, können sie sich auf die Einträge im Transparenzregister verlassen.

Die Botschaft zum TJPG erwähnte vor Einführung dieses Absatzes im Parlament, «*für die Identifizierung der wirtschaftlich berechtigten Personen kann der der Finanzintermediär die Informationen des Transparenzregisters beiziehen und muss unter bestimmten Bedingungen das Formular K der VSB 20 nicht ausfüllen. Die Bedingungen werden in den Ausführungsbestimmungen festgelegt, welche an der Pflicht eines schriftlichen Formulars für die Sitzgesellschaft oder besonders risikobehafteten Geschäftsbeziehungen festhalten kann.*» (BBl 2024 1607, S.128)

Bedeutung und Nutzen des Transparenzregisters

Zürcher Kantonalbank

- Feststellung im Rahmen der Eröffnung?
- Wiederholung bei Zweifel/Änderungen -> Primat GwG (Formularpflicht)
- *Nach der gebotenen Sorgfalt*: Feststellung der wirtschaftlich berechtigten Person und Überprüfung deren Identität, *um sich zu vergewissern*, wer die wirtschaftlich berechtigte Person ist (risikobasierte Verifizierung gemäss Art. 4 Abs. 1 GwG)
- Risikobasierte, ereignisunabhängige Aktualisierung nach Art. 7 Abs. 1^{bis} GwG?
- Umfassend oder gezielt in Einzelfällen?
  - ▶ Keine Push-Nachricht bei Änderungen vom Register möglich
  - ▶ Volumenbegrenzung des Registers bei Massenabfragen?
- Absehbar unterschiedliche Angaben aufgrund des abweichenden WB-Begriffs -> Nutzen eines Registerabgleichs?

Umgang mit Unterschieden / Diskrepanzen

Zürcher Kantonalbank

Grundsatz: Vom FI festgestellte Unterschiede zwischen Informationen im Transparenzregister und eigener Dokumentation sind unter bestimmten Voraussetzungen dem Register zu melden.

1. Beim FI kommen aufgrund der eigenen Dokumentation **Zweifel** auf, ob die Informationen im Register richtig, vollständig und aktuell sind.

2. FI weist Kundin auf Unterschied hin und setzt ihr **angemessene Frist** zur Behebung des Unterschieds (Einreichung einer Korrekturmeldung beim Register).

3. Falls Unterschied nach Ablauf der gesetzten Frist immer noch besteht, muss FI **innerhalb von 30 Tagen** den Unterschied dem Register **melden**.

4. Registerführende Behörde bringt **Vermerk** an → Hinweis, dass Zweifel an Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität einer Information im Register bestehen.

5. **Information der Rechtseinheit** über den Vermerk mit (gebührenpflichtiger) Aufforderung, die Informationen innert angemessener Frist zu **berichtigen** oder zu **ergänzen**.

6. Rechtseinheit oder die wirtschaftlich berechtigte Person kann bei der Kontrollstelle die **Löschung eines Vermerks** beantragen.

Ausnahmen von der Meldepflicht

Zürcher Kantonalbank

Unterschiede sind zu erwarten aufgrund der unterschiedlichen WB-Konzepte. Welche davon gelten als meldepflichte Diskrepanz?

- Unterschiede aus **abweichenden Vorschriften** zum GwG, insbesondere der Definition der WB einer Sitzgesellschaft oder weil die Finanzintermediäre nach GwG nicht verpflichtet sind, alle nach dem TJPG wirtschaftlich berechtigten Personen festzustellen (Art. 56 Bst. a TJPV)
  - ▶ Keine Meldung bei zusätzliche WB einer Sitzgesellschaft
  - ▶ Keine Meldung bei Banken und Finanzintermediären, die gemäss VSB kein Kontrollinhaber und keine WB angeben müssen.

- Keine Meldung bei unterschiedlicher **Schreibweise**, zusätzlichen Vornahmen oder Alianznamen, sofern keine Zweifel an Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität besteht (Art. 56 Bst. b TJPV)

- Informationen über Personen, Rechtsheinheiten oder Trusts, die Teil der **Kontrollkette** sind, ausser wenn Zweifel an der Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität besteht (Art. 56 Bst c TJPV).
  - ▶ Nach GwG ist die Bank nicht verpflichtet, die Kontrollkette systematisch zu erfassen.

- **Fehlender** oder noch nicht aktualisierter **Eintrag**, sofern die Frist noch nicht verstrichen ist (Art. 56 Bst. d TJPV
  - ▶ Nach Ablauf der Übergangsfristen des TJPG würden Banken säumige Rechtseinheiten überwachen?

Unterschied / Vermerk im Register als Zweifel im Sinne der VSB

Zürcher Kantonalbank

– Was geschieht, wenn die Bank im Onboarding oder bei Bestandskunden eine Diskrepanzmeldung macht oder einen Vermerk im Register findet?
– Verzicht auf die Eröffnung bzw. Abbruch der Geschäftsbeziehung?

Artikel 45 E-VSB 27
Zeitpunkt der Erfüllung der Dokumentationspflicht

«Falls die Bank das Register konsultiert und dabei einen Unterschied nach Art. 30 TJPG zwischen den Registerdaten und den eigenen Daten oder ein Vermerk im Register feststellt und **kein Zweifel** an den durch die Bank gemäss VSB festgestellten Daten besteht, **steht dies einer Benützung des Kontos nicht entgegen**.»

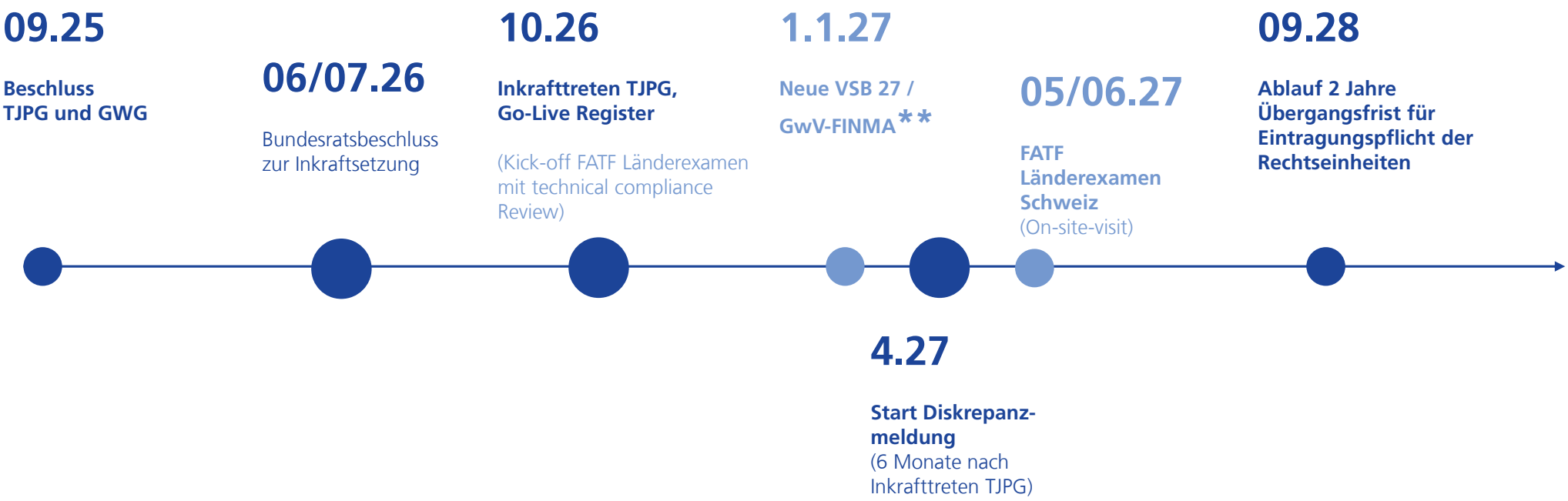
Artikel 46 E-VSB 27
Wiederholung bei Zweifeln

«Falls die Bank das Register konsultiert und dabei einen Unterschied nach Art. 30 TJPG zwischen den Registerdaten und den eigenen Daten oder ein Vermerk im Register feststellt und **kein Zweifel** an den durch die Bank gemäss VSB festgestellten Daten besteht, **erübrigt sich eine Wiederholung der Sorgfaltspflichten**.»

Die Bereinigung des Registers muss nicht abgewartet werden,
sofern die wirtschaftliche Berechtigung gemäss den Vorgaben der VSB zweifelsfrei festgestellt werden konnte.

Ausblick und Fazit

Ausblick und nächste Schritte



** Keine Ausführungsbestimmungen zu TJPG/TJPV.

Fazit

Zürcher Kantonalbank

- Umsetzung der neuen Pflichten wird für die unterstellten Rechtseinheiten herausfordernd sein.
- Unterschiedliche Definitionen der wirtschaftlich berechtigten Person im TJPG und GwG/VSB schaffen zusätzliche Komplexität
- FI müssen selbst entscheiden, ob und wie sie das Register nutzen
- Ausnahmen von der Diskrepanz-Meldepflicht sind unscharf. Wie geht das Register mit einer drohenden Vielzahl von Meldungen um?

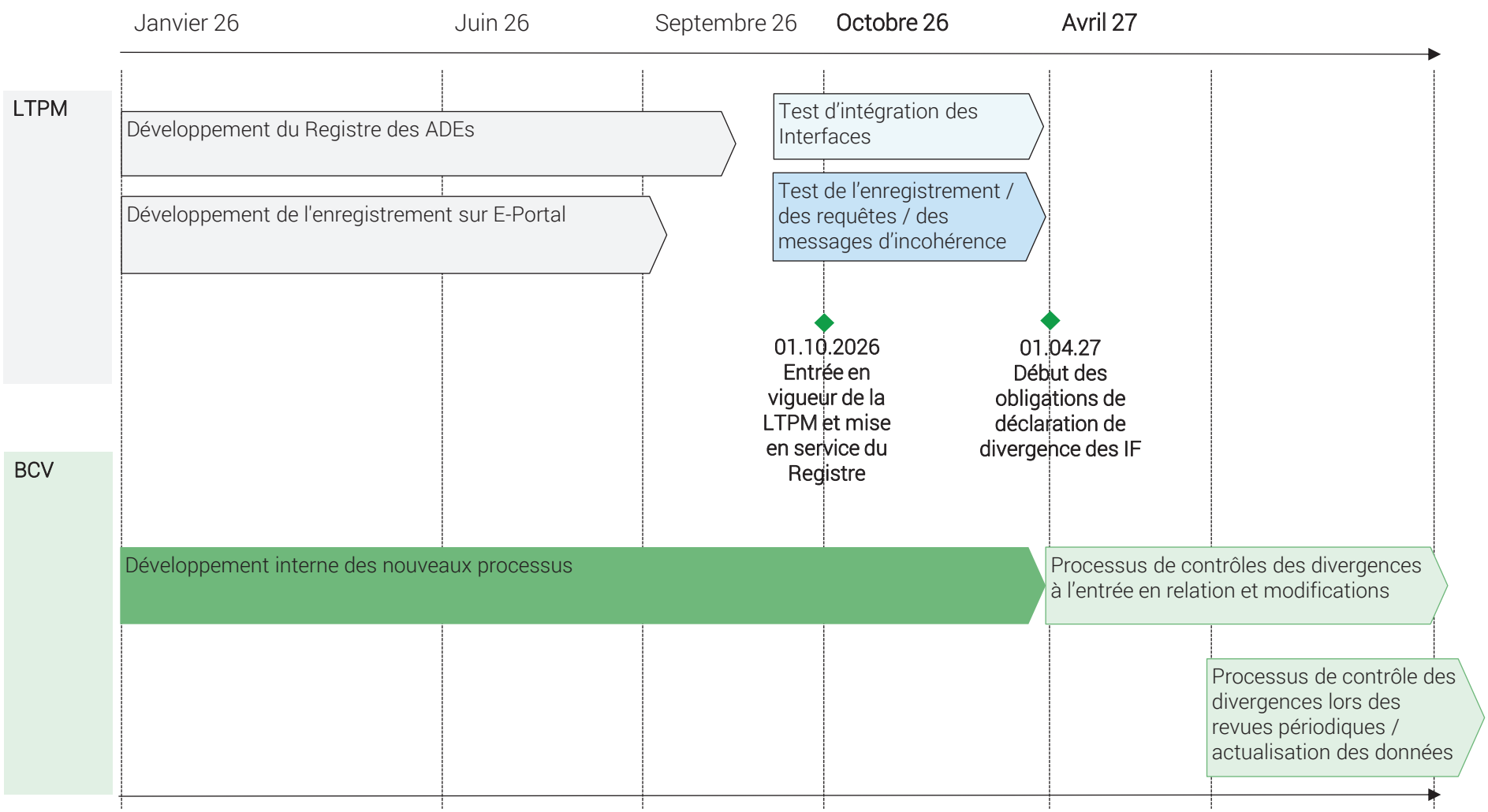

Zürcher
Kantonalbank

Mise en œuvre de la LTPM au sein de la BCV

Workshop UBCS LTPM et CDB

Berne, le 2 septembre 2026

Roadmap high level LTPM



Chantiers de mise en œuvre LTPM

Objectifs

1. **Veille réglementaire LTPM & CDB**
   - Suivre les évolutions réglementaires LTPM
   - Suivre les évolutions réglementaires CDB
2. **Création d'une interface API entre la Banque et le Registre pour consultation / annonce**
   - Comprendre, tester et documenter le webservice mis à disposition des Banques afin de :
     - Consulter le registre des ADE
     - Annoncer une divergence
3. **Mise à jour des formulaires CDB**
   - Mettre à jour les formulaires CDB et les processus de traitement associés, afin de :
     - S'adapter aux évolutions réglementaires CDB
     - Répondre aux besoins de collecte de données dans le cadre de LTPM
4. **Contrôles de cohérence**
   - Définir les règles de contrôle de cohérence à appliquer (périmètre de clients et règles de comparaison)
   - Insérer ces règles de contrôle dans les processus interne :
     - Lors de traitement des formulaires CDB
     - Lors de la revue périodique des clients à risque BA/FT
5. **Workflow des divergences**
   - Définir les actions de clarification et d'annonce attendues en cas de divergence potentielle entre les données Banque et le registre des ADE

BCV

Evénements déclencheurs d'une vérification avec le registre des ADE

	Evénements déclencheurs	Synthèse des impacts potentiels
Entrée en relation et changement de circonstances	• Entrée en relation d'un client personne morale	• Création d'une interface API pour lier la Banque au Webservice (Registre LTPM) • Création de Workflow dans le processus d'entrée en relation et modification • Modification des formulaires CDB A/K et nouveau champs à créer dans nos outils IT concernant le seuil de détention (*0-25;25-50;50-75;75-100*) • Blocages automatiques à créer lors du contrôle des données BCV versus données du registre LTPM en cas de données manquantes ou divergentes (p. ex. année de naissance et nombre ADE)
	• Modification du statut CDB à la suite d'une modification de l'activité ou des statuts de la société	
	• Modification d'un ou plusieurs DC/ADE	
	• Création d'une nouvelle prestation	
	• Autre modification de la relation (modification d'une instruction d'adressage, d'une autorisation, …)	
Modification à l'initiative de la Banque	• Reclassification CDB par la Banque	
	• Doute de la Banque sur le DC/ADE	
Revues périodiques des clients à risque accru BA/FT et actualisation des données	• Revue périodique	• Ajout d'une question dans la revue périodique avec appel au Webservice
	• Actualisation des données du client (art. 7 al 1bis LBA)	• Workflow d'actualisation e-banking et processus courrier à adapter

BCV

Projet de modification du Formulaire K

Ajout de 4 tranches de détention dans le formulaire K

BCV Banque Cantonale Vaudoise

Identification du détenteur du contrôle des personnes morales
et sociétés de personnes exerçant une activité opérationnelle et non cotées en bourse

K

(lorsque ces personnes morales et sociétés de personnes sont les cocontractants et, par analogie, lorsqu'elles sont les ayants droit économiques)

No de tiers : Cocontractant :

Conformément à l'article 20 de la Convention relative à l'obligation de diligence des banques (CDB 20) le(s) cocontractant(s) déclare(nt) (cocher la case appropriée) :

- ☐ que la/les personne(s) indiquée(s) ci-après détien(nen)t **25% ou plus des droits de vote ou du capital** du cocontractant; ou
  Pour chaque personne listée, veuillez préciser ci-dessous l'étendue du contrôle exercé
- ☐ si personne ne détient au moins 25% des droits de vote ou du capital, que la/les personne(s) indiquée(s) ci-après exercent le **contrôle sur le cocontractant d'une autre manière;** ou
  Pour chaque personne listée, veuillez préciser ci-dessous l'étendue du contrôle exercé
- ☐ s'il n'existe aucune personne exerçant le contrôle sur le cocontractant d'une autre manière, **que la/les personne(s) dirigeante(s)** est/sont la/les personne(s) indiquée(s) ci-après:

Etendue du contrôle exercé

Nom, prénom (raison sociale)	Date de naissance	Nationalité	Adresse effective du domicile/siège	Pays	<25%	≥ 25% <50%	≥ 50% <75%	≥75%
					☐	☐	☐	☐
					☐	☐	☐	☐
					☐	☐	☐	☐
					☐	☐	☐	☐
					☐	☐	☐	☐

42-620/23.05 PD NO.: 0 u18105 / AM 1/2

K

Détention de valeurs patrimoniales à titre fiduciaire :

Une tierce personne est-elle ayant droit économique des valeurs patrimoniales comptabilisées sur la relation d'affaires susmentionnée ?

- ☐ Non
- ☐ Oui → Les informations correspondantes concernant l'ayant droit/les ayants droit économique(s) doivent être fournies au moyen d'un formulaire A, S ou T séparé.

Le(s) cocontractant(s) s'engage(nt) à communiquer spontanément les modifications à la banque.

Date Signature(s)

Le fait de remplir intentionnellement ce formulaire de manière erronée est punissable (faux dans les titres selon l'article 251 du Code pénal suisse).

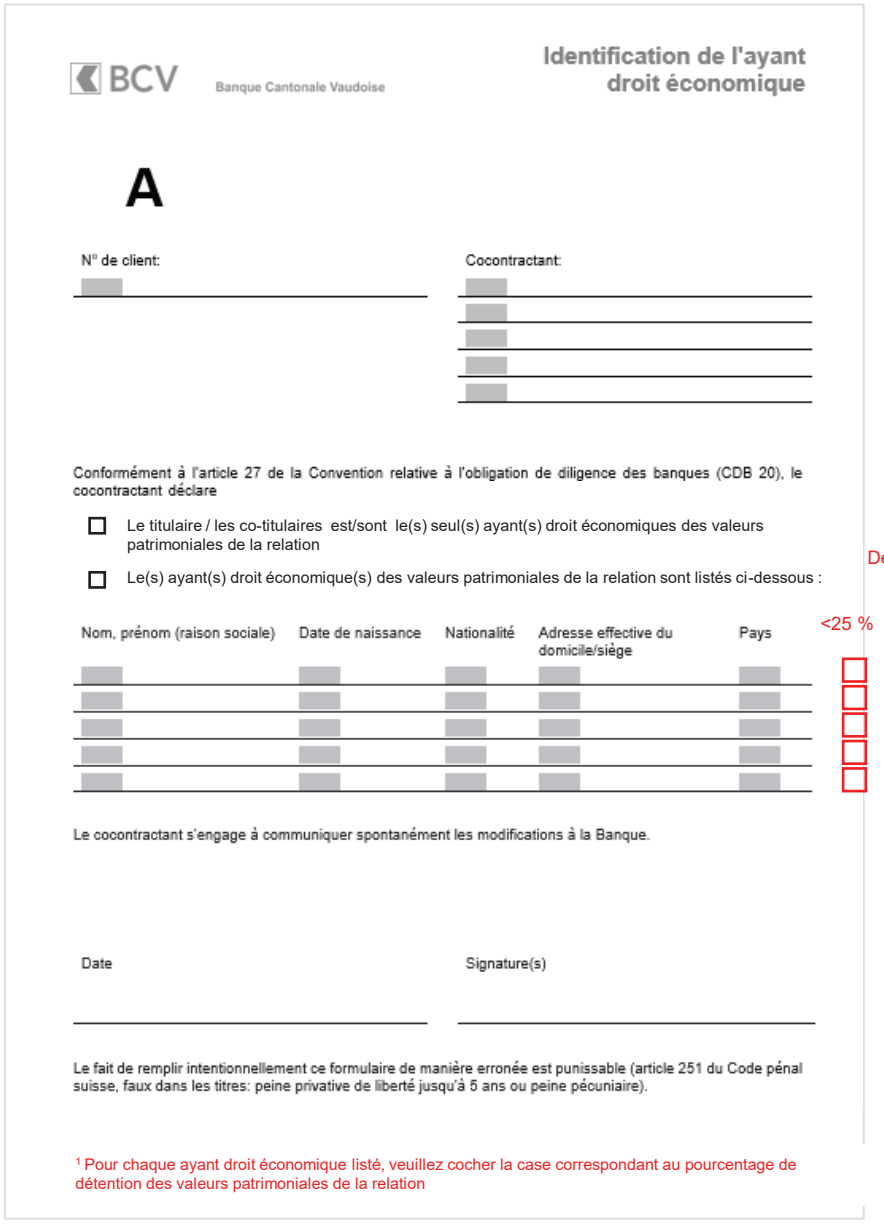
2/2

LTPM : Ajout de colonnes supplémentaires «Etendue du contrôle exercé» (1 case à cocher pour chaque ligne du tableau)

BCV

Projet de modification du Formulaire A

Ajout de 4 tranches de détention dans le formulaire A



BCV Banque Cantonale Vaudoise

Identification de l'ayant droit économique

A

N° de client:

Cocontractant:

Conformément à l'article 27 de la Convention relative à l'obligation de diligence des banques (CDB 20), le cocontractant déclare

☐ Le titulaire / les co-titulaires est/sont le(s) seul(s) ayant(s) droit économiques des valeurs patrimoniales de la relation

☐ Le(s) ayant(s) droit économique(s) des valeurs patrimoniales de la relation sont listés ci-dessous :

Nom, prénom (raison sociale)	Date de naissance	Nationalité	Adresse effective du domicile/siège	Pays	Détention[1] <25 %	≥ 25% <50 %	≥ 50 %
					☐	☐	☐
					☐	☐	☐
					☐	☐	☐
					☐	☐	☐
					☐	☐	☐

Le cocontractant s'engage à communiquer spontanément les modifications à la Banque.

Date

Signature(s)

Le fait de remplir intentionnellement ce formulaire de manière erronée est punissable (article 251 du Code pénal suisse, faux dans les titres: peine privative de liberté jusqu'à 5 ans ou peine pécuniaire).

[1] Pour chaque ayant droit économique listé, veuillez cocher la case correspondant au pourcentage de détention des valeurs patrimoniales de la relation

LTPM : Ajout de 3 colonnes supplémentaires «Détention» : une case à cocher sur chaque ligne du tableau

BCV

1

TJPG – Inhaltliche Fragen

1.1 Pflicht, Umfang und Zeitpunkt des Abgleichs

TJPG – Inhaltliche Fragen

1. Besteht eine rechtliche oder faktische Pflicht, das Register zu konsultieren bzw. systematisch abzugleichen? Welche Risiken bei nur fallweiser Konsultation? (SGKB, GLKB, OKB)
   Existe-t-il une obligation légale ou de fait de consulter le registre ou de procéder à un recoupement systématique ? Quels sont les risques en cas de consultation uniquement ponctuelle ? (SGKB, GLKB, OKB)

2. Welche Kundenpopulation wird abgeglichen: gesamter Kundenstamm, bestimmte Risikokategorien oder nur erhöhte Risiken? (SGKB, LUKB)
   Quelle population de clients fait l'objet du recoupement : l'ensemble de la clientèle, certaines catégories de risque ou uniquement les risques accrus ? (SGKB, LUKB)

3. Zu welchen Zeitpunkten wird abgeglichen: Eröffnung, periodische Aktualisierung, neue VSB-Formulare, auffällige Transaktionen? (SGKB, LUKB)
   À quels moments le recoupement est-il effectué : ouverture de compte, mise à jour périodique, nouveaux formulaires CDB, transactions suspectes ? (SGKB, LUKB)

4. Wie setzen die Institute die Pflichten praktisch um: keine, fallweise oder ereignisbezogene Registerabfrage? (BEKB)
   Comment les établissements mettent-ils en œuvre ces obligations dans la pratique : aucune consultation du registre, consultation ponctuelle ou en fonction des événements ? (BEKB)

1.2 Registerinformationen und Abweichungen (1/2)

TJPG – Inhaltliche Fragen

1. Welche Registerinformationen sind heranzuziehen, insbesondere Grund der über die Gesellschaft ausgeübte Kontrolle und der Aufbau der Kontrollkette? (SGKB, BKB)
   Quelles informations issues du registre faut-il prendre en compte, notamment en ce qui concerne le motif du contrôle exercé sur la société et la structure de la chaîne de contrôle ? (SGKB, BKB)

2. Wie ist mit Abweichungen zwischen VSB-Kaskade und Register umzugehen? Entstehen zusätzliche Abklärungspflichten? (SGKB, BKB)
   Comment traiter les divergences entre la cascade CDB et le registre ? Cela entraîne-t-il des obligations de vérification supplémentaires ? (SGKB, BKB)

3. Unter welchen Voraussetzungen darf man sich auf Registereinträge verlassen? Kann auf Aktienbücher und weitere Belege verzichtet werden? (OKB, BKB)
   Dans quelles conditions peut-on se fier aux inscriptions du registre ? Peut-on se passer des registres des actions et d'autres pièces justificatives ? (OKB, BKB)

1.2 Fehlende Einträge und Diskrepanzen (2/2)

TJPG – Inhaltliche Fragen

1. Wie ist bei nicht eingetragenen Kunden oder Neugründungen ohne Registerdaten vorzugehen? (SGKB, BKB)
   Comment procéder dans le cas de clients non enregistrés ou de nouvelles entreprises ne disposant pas de données issues du registre ? (SGKB, BKB)
2. Wie ist bei fehlenden oder unvollständigen Angaben vorzugehen – gilt bereits eine Lücke als Diskrepanz? (LUKB)
   Comment procéder en cas d'informations manquantes ou incomplètes ? Une simple lacune est-elle déjà considérée comme une divergence ? (LUKB)
3. Kann eine Eröffnung trotz ungeklärter Diskrepanz und erfolgter Meldung fortgeführt werden – unter welchen Voraussetzungen? (SGKB, BKB)
   L'ouverture d'un compte peut-elle être poursuivie malgré une divergence non clarifiée et une déclaration effectuée ? Sous quelles conditions ? (SGKB, BKB)

1.3 Sonderfälle und Registerstatus (1/2)

TJPG – Inhaltliche Fragen

1. Gemäss Botschaft zur VO (S. 33f.) wird nicht unterschieden zwischen Sitzgesellschaft und operativer Gesellschaft. Was bedeutet dies für die Umsetzung in der Praxis? (SGKB)
   Selon le message relatif à l'ordonnance (p. 33 et suivantes), aucune distinction n'est faite entre une société de domicile et une société opérationnelle. Quelles en sont les implications pratiques ? (SGKB)

2. Sollen Registerangaben oder Register-Risikokategorien im eigenen Regelwerk zu erhöhten Risiken genutzt werden? (SGKB)
   Les informations issues du registre ou les catégories de risque du registre doivent-elles être utilisées dans le règlement interne pour identifier les risques accrus ? (SGKB)

3. Welche Bedeutung haben Registervermerke anderer Banken – sollen sie Wiederholungspflichten nach VSB auslösen? (SGKB)
   Quelle est la portée des annotations d'autres banques figurant dans le registre ? Doivent-elles déclencher des obligations de vérification répétée conformément à la CDB ? (SGKB)

4. Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem MROS-Zugriff und der Nachvollziehbarkeit von Abfragen? *(SGKB) Quelles sont les conséquences de l'accès au registre par le MROS et de la traçabilité des consultations ? (SGKB)*

1.3 Auswirkungen und Kundenkommunikation (2/2)

TJPG – Inhaltliche Fragen

1. Welche Auswirkungen hat der Cyberangriff auf das Register in Liechtenstein: Informationssicherheit, Verfügbarkeit, Datenqualität, Haftung, Vertrauen?
   Quelles sont les répercussions de la cyberattaque sur le registre au Liechtenstein : sécurité de l'information, disponibilité, qualité des données, responsabilité, confiance ?
2. Verändert das Register die Identifikations-, Überprüfungs- und Aktualisierungspflichten nach GwG und VSB? (OKB)
   Le registre modifie-t-il les obligations d'identification, de vérification et de mise à jour prévues par la LBA et l'OBA ? (OKB)
3. Werden Kunden aktiv auf die Melde- bzw. Registrierungspflicht hingewiesen? (LUKB)
   Les clients sont-ils activement informés de l'obligation de déclaration ou d'enregistrement ? (LUKB)

1.4 Zuständigkeiten, Organisation und Kontrollen

TJPG – Prozessuale Fragen

1. Welche Einheit prüft eine Diskrepanz zuerst, welche Stelle beurteilt abschliessend – Kundenberatung oder zentrale Stelle? (SGKB, BKB)
   Quelle service examine en premier lieu un écart, et quel service rend le jugement définitif : le service de conseil à la clientèle ou le service central ? (SGKB, BKB)

2. Wie werden Zugriffsrechte und Registerabfragen organisatorisch geregelt, wenn Zugriffe der Bank zugeordnet werden? (SGKB)
   Comment les droits d'accès et les consultations des registres sont-ils réglementés sur le plan organisationnel lorsque les accès sont attribués à la banque ? (SGKB)

3. Ist eine Kontrolle der ersten Verteidigungslinie zum Diskrepanzabgleich vorgesehen? (BKB)
   Un contrôle de la première ligne de défense est-il prévu pour le rapprochement des écarts ? (BKB)

4. Werden Diskrepanzmeldungen zentral abgesetzt? (BKB)
   Les notifications d'écarts sont-elles transmises de manière centralisée ? (BKB)

1.5 Registerabfragen, Fristen und Meldungen

TJPG – Prozessuale Fragen

1. Art. 30 TJPG: Sind mit der Frist von 30 Tagen Arbeits- oder Kalendertage gemeint? (BEKB)
   Art. 30 LTPM: le délai de 30 jours correspond-il à 30 jours ouvrables ou à 30 jours calendaires ? (BEKB)
2. Wie gehen Banken damit um, wenn nur Einzelabfragen und keine Bulk-Abfragen zugelassen sind? (SHKB)
   Comment les banques gèrent-elles le fait que seules les requêtes individuelles sont autorisées, et non les requêtes groupées ? (SHKB)
3. Welche Aufgaben bestehen nach einer Diskrepanzmeldung und wie wird der Status ohne Push-Nachrichten überwacht? (SHKB)
   Quelles sont les tâches à accomplir après la notification d'une dibvergence et comment le statut est-il surveillé en l'absence de notifications push ? (SHKB)

2

VSB – Standesregeln

Swiss Banking

VSB 27

Aktueller Stand und wichtigste Neuerungen

2. September 2026

Madeleine von Rotz

Swiss Banking

Agenda

- Meilensteine und aktueller Stand Revision
- Relevante Anpassungen – aktueller Stand
- Diskussion inkl. zu vorab eingereichten Fragen

Swiss Banking

MEILENSTEINE UND AKTUELLER STAND REVISION

- Revisionsprozess aufgrund **umfassender GwG-Revision** 2021 unmittelbar nach letzter Revision wieder aufgenommen
- Intensive Diskussionen in SBVg-Arbeitsgruppe VSB
- Entwurf mit **FINMA vorbesprochen**
- **Vorkonsultation** im Frühling durchgeführt
- Genehmigt durch SBVg-interne Gremien (inkl. VR)
- Offizielle Gesuch im Sommer bei der FINMA eingereicht (FINMA segnet nur materiellen Teil der VSB ab)
- Aktuell in **Ämterkonsulation**
- Genehmigung durch **VR der FINMA** als finaler Schritt voraussichtlich im Q4
- Publikation nach Genehmigung
- Inkrafttreten VSB 27 per **1. Januar 2027** mit Übergangsfrist

Swiss Banking

RELEVANTE ANPASSUNGEN – AKTUELLER STAND

Disclaimer

Sämtliche dargestellten Inhalte entsprechen dem aktuellen Entwurfsstand der VSB. Im Rahmen des laufenden Genehmigungsprozesses können sich noch Änderungen ergeben.

Swiss Banking

RELEVANTE ANPASSUNGEN – AKTUELLER STAND
Generell

- **Ausgangspunkt**: Anpassung der VSB an aktuelle gesetzliche und regulatorische Entwicklungen
- Berücksichtigung der **FATF**-Empfehlungen
- Stärkung der **Rechtssicherheit**
  - Leading Cases der Aufsichtskommission VSB
  - Erkenntnisse aus der praktischen Anwendung
- Anpassung aus systematischen Gründen
- Gendergerechte Sprache

Swiss Banking

RELEVANTE ANPASSUNGEN – AKTUELLER STAND
Terminologie

- Anpassung und Aktualisierung der **Terminologie** an neue gesetzliche Entwicklungen
- Integration eines **Begriffskatalogs** mit zentralen Definitionen in Art. 2 Abs. 4 VSB
- Teilweise Anpassung von Titeln zur besseren Widerspiegelung des Inhalts der jeweiligen Bestimmungen

Swiss Banking

RELEVANTE ANPASSUNGEN – AKTUELLER STAND
Digitalisierung

- Stärkere Berücksichtigung der Digitalisierung von Geschäftsprozessen im Sinne der Technologieneutralität
- Erweiterung von Art. 44 «Sicherstellungspflicht»

Swiss Banking

RELEVANTE ANPASSUNGEN – AKTUELLER STAND
Digitalisierung

Art. 44 Sicherstellungspflicht:

[3] Die Bank kann sich die Angaben gemäss den VSB-Formularen durch die Vertragspartei auch mittels einer **anderen durch Text nachweisbaren Erklärung** bestätigen lassen. Eine Unterschrift ist nicht nötig, sofern aufgezeigt werden kann, dass die Erklärung von der Vertragspartei stammt.

[4] Die VSB-Formulare können als auf elektronischem Weg **zugestellte elektronische Kopien** eines von der Vertragspartei ausgedruckten und physisch unterzeichneten Formulars entgegengenommen werden, sofern die elektronische Übermittlung dokumentiert wird.

[5] Die VSB-Formulare müssen **nicht als physische Originale** aufbewahrt werden, elektronische Kopien sind ausreichend.

Swiss Banking

RELEVANTE ANPASSUNGEN – AKTUELLER STAND
TJPG (Art. 45 und 46)

- Klarstellung in Bezug auf den Zeitpunkt der Erfüllung der Dokumentationspflicht und Wiederholungpflichten (Art. 45 und Art. 46)
- Eine **Nutzung des Kontos** bleibt trotz Feststellung einer Diskrepanz oder eines Vermerks nach Art. 30 TJPG möglich, sofern keine Zweifel an den durch die Bank gemäss VSB erhobenen Daten bestehen
- In solchen Fällen auch **keine Wiederholung der Sorgfaltspflichten** erforderlich

Swiss Banking

RELEVANTE ANPASSUNGEN – AKTUELLER STAND

Fristen in Art. 45 und 46

Fristen Dokumentationspflicht bei Eröffnung - Art. 45 Abs. 5 (alt Abs. 4):

Die fehlenden Angaben und / oder Dokumente sind **so rasch wie möglich**~~, spätestens aber innert 30 Tagen~~ nach Kontoeröffnung zu beschaffen. Gelingt dies nicht, sperrt die Bank die Kontobeziehung für sämtliche Zu- und Abgänge und entscheidet risikobasiert über das weitere Vorgehen. Die Geschäftsbeziehung ist in jedem Fall aufzulösen, wenn die fehlenden Angaben und / oder Dokumente nicht beigebracht werden können. Art. 9 ff. GwG gehen dieser Bestimmung vor.

→ Kommentar: 30 Tage

Frist Wiederholungspflichten - Neuer Art. 46 Abs. 2 (Abs. 1bis in Vorkonsultation):

Können die Wiederholungspflichten nicht **innert angemessener Frist** vollständig durchgeführt werden, entscheidet die Bank risikobasiert über das weitere Vorgehen und dokumentiert die Entscheidung entsprechend.

→ Kommentar: 60 Tage

Swiss Banking

RELEVANTE ANPASSUNGEN – AKTUELLER STAND
Zu den Formularen generell

- Neu wieder Formular R
- Materieller Teil der VSB, somit von der FINMA anerkannt
- Massgeblich angepasste Formulare
  - Formular S und T
  - Formular K

Swiss Banking

RELEVANTE ANPASSUNGEN – AKTUELLER STAND
Formulare bei Stiftungen

- Operativ tätige Stiftungen: Formular K
- Nicht operativ tätige Stiftungen: Formular S
- NEU: Nicht operativ tätigen Stiftungen mit ausschliesslich ideellem Zweck: Formular S (ausser in begründeten Ausnahmefällen)

Art. 40 Abs. 1 (angepasst) und Abs. 2 (neu):

[1] Die erforderlichen Angaben zur nicht operativ tätigen Stiftung sind von der Vertragspartei mittels schriftlicher Erklärung oder Formular S festzuhalten. Dies gilt ebenfalls für nicht operativ tätige Stiftungen mit ideellem Zweck. Die Erklärung muss einen gleichwertigen Inhalt wie das Musterformular enthalten. Das Formular S findet sich im Anhang dieser Standesregeln.

[2] Bei nicht operativ tätigen Stiftungen mit ausschliesslich ideellem Zweck kann in begründeten Ausnahmefällen auf die Angabe zur errichtenden / stiftenden Person bzw. zu den begünstigten Personen verzichtet werden.

RELEVANTE ANPASSUNGEN – AKTUELLER STAND

Formulare bei Stiftungen

Art. 40 Abs. 1 (angepasst) und Abs. 2 (neu):

[1] Die erforderlichen Angaben zur nicht operativ tätigen Stiftung sind von der Vertragspartei mittels schriftlicher Erklärung oder Formular S festzuhalten. Dies gilt ebenfalls für nicht operativ tätige Stiftungen mit ideellem Zweck. Die Erklärung muss einen gleichwertigen Inhalt wie das Musterformular enthalten. Das Formular S findet sich im Anhang dieser Standesregeln.

[2] Bei nicht operativ tätigen Stiftungen mit ausschliesslich ideellem Zweck kann in **begründeten Ausnahmefällen** auf die Angabe zur errichtenden / stiftenden Person bzw. zu den begünstigten Personen verzichtet werden.

Auszug aus dem Kommentar:

*«Ein begründeter Ausnahmefall für den Verzicht auf die Feststellung der Begünstigten könnte beispielsweise vorliegen, wenn eine Stiftung mit ideellem Zweck ausschliesslich andere Gesellschaften oder Gemeinschaften **mit ideellem Zweck begünstigt**.»*

Swiss Banking

RELEVANTE ANPASSUNGEN – AKTUELLER STAND

Feststellung der Kontrollinhaberinnen und Kontrollinhaber und Formular K

- Neu nur noch **Wohnort** und nicht mehr gesamte Wohnsitzadresse erforderlich
- Erweiterung Angaben auf Formular K (**Geburtsdatum** und **Nationalität**)
- Abkehr vom starren Kaskadenmodell: **Kaskadenübergreifende** Ausräumung von Zweifeln

Swiss Banking

RELEVANTE ANPASSUNGEN – AKTUELLER STAND

Feststellung der Kontrollinhaberinnen und Kontrollinhaber und Formular K

Art. 20 Abs. 3 angepasst:

[3] Wird die Gesellschaft nicht von der/den Person/en nach Absatz 1 kontrolliert oder gibt es Hinweise darauf, dass die Kontrolle auf andere Weise ausgeübt wird, ~~Bestehen keine Kontrollinhaber gemäss Absatz 1~~, sind die natürlichen Personen, die auf andere erkennbare Weise die Kontrolle über die Gesellschaft ausüben, festzustellen.

Auszug aus Kommentar:

«Eine Nachforschungspflicht oder Pflicht zu einer proaktiven Suche nach weiteren Kontrollinhabern besteht nicht. Massgeblich sind offensichtliche Hinweise.»

RELEVANTE ANPASSUNGEN – AKTUELLER STAND

Feststellung der Kontrollinhaberinnen und Kontrollinhaber und Formular K

Art. 20 Abs. 3 angepasst:

[3] Wird die Gesellschaft nicht von der/den Person/en nach Absatz 1 kontrolliert oder gibt es Hinweise darauf, dass die Kontrolle auf andere Weise ausgeübt wird, ~~Bestehen keine Kontrollinhaber gemäss Absatz 1~~, sind die natürlichen Personen, die auf andere erkennbare Weise die Kontrolle über die Gesellschaft ausüben, festzustellen.

Auszug aus dem Formular K:

Entsprechend Artikel 20 der Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken (VSB ~~20~~27) erklärt / erklären ~~der /~~ die ~~Vertragspartner~~ Vertragspartei(en) hiermit, (das Zutreffende ankreuzen):

☐ dass die nachfolgend aufgeführte(n) Person(en) die Kontrolle ~~am~~ über die Vertragspartei ~~Vertragspartner~~ mittels **Anteilen (Kapital~~s~~- oder Stimmrechtsanteile) von 25 % oder mehr** ~~hält/halten~~ausübt/ausüben; ~~oder~~

☐ falls die Kontrolle nicht über ~~keine~~ Kapital~~s~~- oder Stimmrechtsanteile von 25 % oder mehr ~~bestehen~~ausgeübt wird, dass die nachfolgend aufgeführte(n) Person(en) auf **andere Weise die Kontrolle über ~~den~~ die ~~Vertragspartner~~ Vertragspartei ausübt/ausüben**; ~~oder~~

☐ falls keine Person(en) besteht/bestehen, die die Kontrolle über ~~den Vertragspartner~~ die Vertragspartei auf andere Weise ausübt/ausüben, dass die nachfolgend aufgeführte(n) Person(en) die **Geschäftsführung** ausübt / ausüben.

Q&A

Swiss Banking

Kontakt

Madeleine von Rotz
Senior Legal Counsel
madeleine.vonrotz@sba.ch

Swiss Banking

Schweizerische Bankiervereinigung
Aeschenplatz 7 · Postfach 4182 · 4002 Basel

swissbanking.ch

2.1 Identifikation und Wiederholungspflichten

VSB – Standesregeln zur Sorgfaltspflicht

1. Art. 18 VSB27: Ist mit Mandatsperson die Beiständin oder der Beistand gemeint? Neue Identifikation bei Wechsel? (SGKB)
   Art. 18 CDB27 : le terme « mandataire » désigne-t-il la curatrice ou le curateur ? Nouvelle identification en cas de changement ? (SGKB)

2. Art. 46 Abs. 1bis VSB27: Umsetzung der Wiederholungspflicht – Auswertbarkeit im CRM, Fristablauf, Dokumentation von Kontaktversuchen? (SGKB)
   Art. 46, al. 1bis, CDB27 : mise en œuvre de l'obligation de réitération – possibilité d'analyse dans le CRM, expiration du délai, documentation des tentatives de contact ? (SGKB)

3. Wie lange darf eine frühere VSB-konforme Identifizierung zurückliegen? Genügt eine ältere Fassung wie VSB 03? (BKB)
   Depuis combien de temps une identification antérieure conforme à la CDB peut-elle remonter ? Une version antérieure telle que la CDB 03 est-elle suffisante ? (BKB)

2.2 Formulare, Quoten und Unterzeichnung

VSB – Standesregeln zur Sorgfaltspflicht

1. Welche Inputs der Kantonalbanken zur VSB werden umgesetzt, insbesondere zu Handschriftlichkeit und qualifizierter elektronischer Unterschrift? (GLKB)
   Quelles sont les propositions des banques cantonales concernant la CDB qui seront mises en œuvre, notamment en ce qui concerne la signature manuscrite et la signature électronique qualifiée ? (GLKB)

2. Wie wäre die neue Definition der mehrheitlichen Beteiligung («über 75 Prozent») organisatorisch und prozessual umzusetzen? (BKB)
   Comment la nouvelle définition de la participation majoritaire (« plus de 75 % ») devrait-elle être mise en œuvre sur le plan organisationnel et procédural ? (BKB)

3. Werden VSB-Formulare wegen der neuen Quoten und Schwellenwerte angepasst? (BEKB)
   Les formulaires de la CDB seront-ils adaptés en raison des nouveaux quotas et seuils ? (BEKB)

2.3 Stiftungen und gemeinnützige Strukturen

VSB – Standesregeln zur Sorgfaltspflicht

1. Wie gehen Banken bei Schweizer Stiftungen mit rein ideellem Zweck vor? Wird ein Set-up-Wechsel geprüft, etwa Verzicht auf Formular S zugunsten eines Handelsregisterauszugs? (BKB)
   Comment les banques procèdent-elles dans le cas des fondations suisses à but purement idéal ? Envisage-t-on de modifier la procédure, par exemple en remplaçant le formulaire S par un extrait du registre du commerce ? (BKB)
2. Halten Banken bei gemeinnützigen Stiftungen am bisherigen Vorgehen mit Formular S oder vergleichbaren Unterlagen fest? (BKB)
   Les banques continuent-elles à appliquer la procédure actuelle, avec le formulaire S ou des documents équivalents, pour les fondations d'utilité publique ? (BKB)

Kantonalbanken
Banques Cantonales
Banche Cantonali

Verband Schweizerischer Kantonalbanken
Wallstrasse 8
CH-4051 Basel

Telefon 061 206 66 66
E-Mail vskb@vskb.ch
Internet www.kantonalbank.ch